

## AfW-Hauptstadtgipfel: „Wir brauchen mehr Vertrauen und Moral in der Finanzdienstleistung“



### **Berlin will die Regulierungsvorhaben Mifid II und IDD unbedingt noch in dieser Legislaturperiode abschließen. Auf dem Hauptstadtgipfel des AfW äußerten sich mit der Regulierung befasste Politiker zu Sachstand und Zeitplan.**

Noch im Dezember 2016 soll sich das Bundeskabinett erstmals mit der Umsetzung der EU-Vertriebsrichtlinie IDD in deutsches Recht befassen. Ein Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium wird in Kürze dazu erwartet. Manfred Zöllmer, Mitglied im Finanzausschuss und stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass man die IDD „Eins zu Eins“ umsetzen werde und keine schärfere Regulierung des Versicherungsvertriebs anstrebe.

Zöllmer bekräftigte vor rund 40 Fördermitgliedern des Bundesverbandes das gleichberechtigte Nebeneinander von Honorarberatung und provisionsgestützter Beratung – auch nach Umsetzung der IDD: „Wir wollen, dass der Kunde die Wahl hat.“ Ein Provisionsverbot durch die Hintertür dürfe es nicht geben. Deutschland werde diese über die IDD zur Verfügung stehende Option keinesfalls ziehen.

„Das Problem der europäischen Institutionen ist, dass ihre Entscheidungsprozesse sehr intransparent sind“, sagte Zöllmer. Regulierung dürfe nicht jenseits des Gesetzgebers stattfinden. Er bezog sich damit auf umfangreiche und teilweise praxisferne Änderungswünsche der europäischen Aufsichtsbehörden EIOPA und ESMA. Diese hatten zuletzt heftige Kritik in der Branche hervorgerufen. Entsprechend ablehnend hatte sich auch der AfW in seiner Stellungnahme über seinen europäischen Dachverband geäußert. Das Europäische Parlament hatte kürzlich einen solchen Vorstoß zur PRIIPS gestoppt. Diese Verordnung betrifft neue

Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte.

Nicht zuletzt deshalb ist PRIIPS um ein Jahr verschoben. Der Start ist nun zum 1. Januar 2018 geplant. Ein ähnliches Zeitproblem sieht Zöllmer auch bei der IDD heraufziehen: „Erst im Herbst 2017 sollen die delegierten Rechtsakte der EIOPA vorliegen, die die Details zur Umsetzung der IDD enthalten.“ Bis zum Start im Januar 2018 sei dann nur noch wenig Zeit.

Ralph Brinkhaus, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte, dass die Regulierung die Qualität in der Beratung steigern werde. „Sie müssen sich auskennen mit Steuern, Finanzplanung, Recht und auch noch ein guter Psychologe sein“, umriss Brinkhaus das anspruchsvolle Profil eines qualitätsorientierten Beraters. Sein Credo: „Wir müssen uns über die Produkte definieren und nicht über den Vertriebs Erfolg.“ Das sei für einige Häuser indes schwer nachzuvollziehen. Man müsse branchenweit dahin kommen, dass das Produkt auf der einen und das Kundenbedürfnis auf der anderen Seite entscheidend seien.

Brinkhaus kritisierte die Branche insbesondere bei ihrem Umgang mit dem Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG). Die gewünschte Zillmerung der Provisionen sei branchenweit nicht zufriedenstellend umgesetzt worden. Ein weiteres Negativbeispiel sei, wie manche Marktteilnehmer die geltende Deckelung der Abschlussprovisionen in der privaten Krankenversicherung kreativ umgingen.

„Wir können so viel regulieren, wie wir wollen, das alles wird nicht helfen, wenn nicht ein gewisser Grundethos in der Branche da ist“, resümierte Brinkhaus. Er unterstrich die Bedeutung von Vertrauen und Moral in der Finanzdienstleistungsbranche und regte an, dass man in der Branche die schwarzen Schafe in den eigenen Reihen klar benennen sollte.

Beide Politiker forderten die freien Vermittler und Berater zum Dialog mit der Politik auf: „Bitte bringen Sie sich in diesen Prozess mit ein“, appellierte Brinkhaus an die AfW-Mitglieder. Zum Beispiel beim Thema Telefonaufzeichnung von Beratungsgesprächen, wo noch viele Details unklar sind. „Fordern Sie verlässliche digitale Handlungsanweisungen“, so Brinkhaus. Ohne Rechtssicherheit könne ansonsten ein Gericht in zehn Jahren entscheiden, die Dokumentation sei nicht ausreichend gewesen.



Frank Rottenbacher



v.l.n.r. Brigitte Horn, Uwe Kremer, Marc Hinrichsen, Oliver Höflich, Arend Arends, Sven Burkart, Carsten Brückner, Sabine Härd, Rolf-Henning Hackel, Frank Rottenbacher, Christian Nuschele, Norman Wirth, Jürgen Schilmer, Friedrich A. Wanschke, Dirk Fischer, Bernhard Bahr, Stefan Heilig, Georg Kommayer, Tim Bröning, Jürgen Braatz, Thomas Schulz, Charles Neus, Peter Schneider, Alexander Schlichting, Harald Hofmann, Marc Schumann, Dr. Frank Ulbricht, Ingo Buschmann, André Wreth, Olaf Czinna, Jan Roß, Harry Kreis, Jörg Wölter, Jens Ahnenheuf

© AfW

„Wir brauchen bei beiden Regulierungsvorhaben praxistaugliche Umsetzungen in nationales Recht, die eine qualitativ hochwertige Arbeit der Vermittler weiterhin ermöglichen. Wir bleiben daher in engem Kontakt mit der Politik und werden unsere Anforderungen und Praxiserfahrungen der Vermittlerbranche weiter einbringen. Das ist die klassische Aufgabe eines Berufsverbands“ betont der für Politik zuständige AfW Vorstand Frank Rottenbacher.

Anja Karliczek, Mitglied im Finanzausschuss für die CDU und Experte für Regulierungsfragen, musste ihren geplanten Vortrag zur IDD-Umsetzung kurzfristig aufgrund einer namentlichen Abstimmung im Bundestag absagen, die ihre Anwesenheit verlangte. Für sie sprang Christian Nuschele ein. Der Head of Sales Germany der Standard Life informierte über die Konsequenzen der strikten Regulierung in Großbritannien. Dort herrscht nach der „Retail Distribution Review“ (RDR) seit 2013 ein Provisionsverbot in der Geldanlage und in der Altersvorsorge.

„Die Anzahl der Berater hat sich nicht nennenswert verringert und die Einkommen sind seitdem gestiegen“, sagte Nuschele. Britische Berater verdienen derzeit im Schnitt mehr als 100.000 Pfund und sind sehr zufrieden. Ungefähr 32.000 unabhängige Vermittler gebe es in Großbritannien, die einen Marktanteil von 85 Prozent hätten. Allerdings haben weite Teile der Bevölkerung – mehr als 90 Prozent – keinen Zugang mehr zu Finanzberatung, weil diese Dienstleistung gegen Honorar nur mehr vermögenden Kunden angeboten wird. „Die Kundenzielgruppe muss mindestens über 50.000 Pfund freies liquides Vermögen verfügen mit steigender Tendenz. Manche Berater starten auch erst ab 250.000 Pfund“, berichtete Nuschele aus Großbritannien. Vor der RDR wären es aber bereits auch schon ca. 80% gewesen, die von der Beratung ausgeschlossen waren.

Der Hauptstadtgipfel des AfW Bundesverband Finanzdienstleistungen findet jährlich in Berlin statt. Zum 13. Mal hatte der Verband seine Fördermitglieder eingeladen, sich über aktuell laufende Regulierungsvorhaben direkt an der Quelle zu informieren. Der nächste AfW-Hauptstadtgipfel findet nach der Bundestagswahl im November 2017 statt.

#### Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.  
Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0  
Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29  
E-Mail: [office@afw-verband.de](mailto:office@afw-verband.de)

### **Unternehmen**

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V  
Ackerstr. 3  
10115 Berlin  
  
Internet: [www.afw-verband.de](http://www.afw-verband.de)

### **Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V**

Der AfW ist die berufsständische Interessenvertretung unabhängiger Finanzdienstleister. Er vertritt die Interessen von über 30.000 Finanzdienstleistern in mehr als 1.800 Mitgliedsunternehmen sowie eine ständig wachsende Anzahl von Fördermitgliedern. Mitglieder im AfW sind Versicherungsmakler und -vertreter, Kapitalanlage- und Finanzvermittler sowie Finanzdienstleistungsinstitute. Der AfW ist im Fachbeirat der BaFin mit Sitz und Stimme vertreten.